

TAGUNG

Gemeinsame europäische Werte – so klar und doch so umstritten

Ricarda Lindau, Timo Pfender und Weronika Priesmeyer-Tkocz*

Europäische Werte – klare Definition, Vielfalt der Deutungen

Das deutsch-polnische Verhältnis sowie die gemeinsame deutsche und polnische Europapolitik befinden sich nach einer Phase optimistischer Impulse erneut im Fokus politischer und ideologischer Auseinandersetzungen. Insbesondere der polnische Rechtsruck und die fortschreitende Zunahme „illiberaler“ Tendenzen in Europa sind sehr besorgniserregend. Die unterschiedlichen Sichtweisen Polens und Deutschlands auf die europäischen Herausforderungen liegen auf der Hand. Zu den größten Konfliktpunkten gehören neben den akuten Reaktionen auf die Flüchtlingskrise auch die gemeinsame Energiepolitik, die Außen- und Sicherheitspolitik sowie der integrationspolitische Kern des europäischen Projekts.

Gleichwohl verdeutlicht die Analyse des öffentlichen Diskurses in Deutschland und Polen im Hinblick auf die aktuellen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen in der Europäischen Union (EU), dass es nicht nur divergierende Visionen hinsichtlich der Finalität der Integration gibt, sondern auch zunehmend unterschiedliche Interpretationen der gemeinsamen, in den Verträgen der EU niedergelegten Werte und Prinzipien. Die Deutungen, Ansätze und Interessen unterscheiden sich dabei zwischen den Mitgliedstaaten und innerstaatlich, hier gibt es Differenzen sowohl bei den Strategien der politischen Eliten, in der medialen Be-

Werte Werte! Argumente, Gegenargumente und Handlungsoptionen in der deutschen und polnischen Europapolitik

In Kooperation mit dem Arbeitskreis Europäische Integration und der Adam Mickiewicz Universität in Poznań sowie mit freundlicher Unterstützung der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung, der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit und des Auswärtigen Amtes. Kofinanziert von der Europäischen Union.

20.-22. September 2016, Berlin

Begrüßung und Eröffnung

Prof. Dr. Eckart D. STRATENSCHULTE, Europäische Akademie Berlin

Prof. Dr. Magdalena MUSIAŁ-KARG, Adam Mickiewicz Universität, Poznań

Dr. Frédéric KRUMBEIN, Arbeitskreis Europäische Integration, Berlin

Europäische Werte und Normen im Dialog

Prof. Dr. Magdalena MUSIAŁ-KARG, Adam Mickiewicz Universität, Poznań

Dr. Weronika PRIESMEYER-TKOCZ, Europäische Akademie Berlin

Dr. Thomas MEHLHAUSEN, Universität Potsdam

Öffentliche Podiumsdiskussion: Friedensprojekt oder Wohlstandsgemeinschaft? Die Europäische Union im 21. Jahrhundert

Moderation: Prof. Dr. Eckart D. STRATENSCHULTE, Europäische Akademie Berlin

* Ricarda Lindau, Jagiellonen-Universität, Kraków.
Timo Pfender, Technische Universität Chemnitz.
Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz, Europäische Akademie Berlin.

richterstattung und der Meinungen in der Öffentlichkeit als auch im wissenschaftlichen Diskurs.

Vor diesem Hintergrund fand in der Europäischen Akademie Berlin eine Konferenz statt, die sich mit europäischen Herausforderungen aus deutscher und polnischer Perspektive auseinandersetzte und diese im Hinblick auf Handlungsoptionen und Zusammenarbeit in und für Europa unter dem Aspekt des gemeinsamen Werteverständnisses zur Diskussion stellte.

Europäische versus traditionelle Wertvorstellungen – am solidarischen Handeln scheiden sich die Geister

Einführend problematisierte *Weronika Priesmeyer-Tkocz* das Verständnis von Solidarität als europäischer Grundwert und Prinzip, das zurzeit besonders stark im Fokus der wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen steht. Vor allem in Krisenzeiten werde dieser Begriff für nationale Interessen missbraucht, als Argument in der Auseinandersetzung mit anderen Mitgliedstaaten genutzt oder auch als unvereinbar mit eigenen „traditionellen“ Wertvorstellungen diffamiert. Mangelnde Solidarität sei auch ein Vorwurf, der bei der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Raum stehe und die Frage nach dem gemeinsamen Verständnis europäischer Normen und Werte aufwerfe.

Magdalena Musiał-Karg stellte fest, dass die demokratiefördernde und stabilisierende Wirkung der europäischen Integration im vergangenen Vierteljahrhundert sehr erfolgreich war, wie die Osterweiterung erst der NATO und dann der EU zeige. Auch in Bezug auf die lokale und persönliche Ebene ist sie sehr optimistisch. Aus Słubice kommend, nannte sie ihre Heimatstadt als positives Beispiel: Zusammen mit der deutschen Grenzstadt Frankfurt (Oder) bildet diese den Verbund „Słubfurt“. Hier lägen gemeinsame Wertvorstellungen einer gemeinsamen Identität zugrunde. Eine Basis für zukünftige Zusammenarbeit sei also gegeben.

Dr. Sylvia-Yvonne KAUFMANN, Mitglied des Europäischen Parlaments, Straßburg/Brüssel
Manuel SARRAZIN, Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin
Szymon SZYMKOWSKI VEL SĘK, Mitglied des polnischen Parlaments Sejm, Warszawa
Prof. Dr. Magdalena MUSIAŁ-KARG, Adam Mickiewicz Universität, Poznań
Basil KERSKI, Europäisches Solidarność-Zentrum, Gdansk

„The winner takes it all?“ – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenschränkung als Machtinstrument

Prof. Dr. Jürgen NEYER, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
Dr. Kai-Olaf LANG, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Adam JASKULSKI, Adam Mickiewicz Universität, Poznań
Marta KOZŁOWSKA, Freie Universität Berlin

„Wie viel Europa darf es sein?“ – Supranationalismus und die Implementierung der europäischen Gesetzgebung in Deutschland und Polen

Prof. Dr. Krzysztof WÓJTOWICZ, Universität Wrocław
Dr. Monika SUS, Hertie School of Governance, Berlin
Dr. Aneta WIEWIÓROWSKA-DOMAGALSKA, Universität Osnabrück
Dr. Ida MUSIAŁKOWSKA, Wirtschaftsuniversität, Poznań
Jan MUSZYŃSKI, Universität Bayreuth

„I want my money back!“ – Gerechtigkeit, Solidarität und Konsensfindung im Spiegel der mehrjährigen Finanzrahmen und Umverteilung der Mittel

Prof. Dr. Maciej CIEŚLUKOWSKI, Wirtschaftsuniversität, Poznań
Dr. Sebastian PŁÓCIENNIK, The Polish Institute of International Affairs, Warszawa
Dr. Magdalena SAPAŁA, Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments, Brüssel
Dr. Paweł TOKARSKI, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Intermezzo: Auf dem Prüfstand: Europäische Werte und Prinzipien in der öffentlichen Kommunikation

Oliver TETTENBORN, Internationales Hochschulinstitut Zittau

Doch nun haben die Visegrád-Staaten beim informellen Gipfel des Europäischen Rates der 27 Mitgliedstaaten in Bratislava den Begriff „flexible Solidarität“ ins Gespräch gebracht. Um dieses Konzept beurteilen zu können, begann *Thomas Mehlhausen* zuerst mit einer ausführlichen Definition von Solidarität. Sechs Bedingungen seien für solidarisches Handeln notwendig: eine gemeinsame Identität; die Bereitschaft zu gegenseitigen Opfern; Freiwilligkeit dieses Handelns; Gegenseitigkeit (erwarten zu können); ein ähnliches Verständnis der spezifischen Situation bei allen Beteiligten; und ein zuvor gescheiterter Versuch der hilfesuchenden Partei im Alleingang. Darauf aufbauend entwickelte Mehlhausen drei Ausprägungen von intergouvernementaler europäischer Solidarität (föderative, organische oder distributive) und unterstrich, dass die Bereitschaft zum solidarischen Handeln bei steigender Gruppengröße abnimmt.¹

Flexible Solidarität als Abhilfe für die Herausforderungen der europäischen Integration?

Im öffentlichen Teil der Tagung diskutierten ReferentInnen aus Politik, Wissenschaft und Praxis unter Leitung von *Eckart D. Stratenschulte* die Herausforderungen der europäischen Integration im 21. Jahrhundert.

Szymon Szykowski vel Sęk sieht die EU in einer Vertrauenskrise. Seiner Meinung nach fehle die Nähe zu den BürgerInnen. Darin bestünde auch die Herausforderung, der sich die EU stellen müsse: Wie kann sie reformiert werden, sodass das Vertrauen der EU-BürgerInnen zurückgewonnen und die Politik zusammen mit den BürgerInnen gestaltet wird? Für die Gegenwart und die Zukunft nannte Szykowski vel Sęk Deutschland als wichtigsten strategischen Partner Polens. Dennoch sprach er auch der Visegrád-Gruppe eine wichtige Bedeutung zu, da sie auf einer gemeinsamen historischen Entwicklung

Dr. Erik MALCHOW, Dozent für Kultur und Kommunikation, Berlin/Gdansk

„Great Energy Challenge“ – Sicherheit, Verantwortung und nationale Interessen am Beispiel der Energie- und Klimapolitik

Dr. Kirsten WESTPHAL, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Dr. Andrzej ANCYGIER, Freie Universität Berlin

Dr. Mariusz RUSZEL, Technische Universität Rzeszów

Krzysztof IGNACIUK, Hertie School of Governance, Berlin

Achtung der Menschenwürde, Wahrung der Menschenrechte und die Frage der europäischen Solidarität am Beispiel der Flüchtlingskrise

Dr. Jacek RAUBO, Adam Mickiewicz Universität, Poznań

Jessica BITHER, The German Marshall Fund of the United States, Berlin

Justyna SEGEŚ FRELAK, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warszawa

Joanna BRONOWICKA, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Werte und Prinzipien in der Integrationskonkurrenz: Europas Politik in Richtung Osten

Dr. Grzegorz GROMADZKI, Stefan Batory Stiftung, Warszawa

Dr. Maria DAVYDCHYK, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Berlin

Dr. Bartosz RYDLIŃSKI, Cardinal Stefan Wyszyński Universität, Warszawa

Dr. Karolina POMORSKA, Universität Maastricht

und daraus resultierenden ähnlichen Interessen gründe.

Bezüglich der Machtverhältnisse äußerte sich *Basil Kerski* kritisch. Seiner Meinung nach braucht Europa eine Vision, die von Portugal bis nach Finnland gestaltet werden kann und keine auf einzelne Ländergruppen konzentrierte Politik. *Manuel Sarrazin* wies darauf

1 Heinz Kleger/Thomas Mehlhausen: Unstrittig und doch umstritten. Europäische Solidarität in der Eurokrise, in: Politische Vierteljahresschrift 1/2013, S. 50ff.; abgedruckt in: Michèle Knodt/Anne Tews (Hrsg.): Solidarität in der EU, Baden-Baden 2014, S. 83ff.

hin, dass das deutsch-französische Direktorium nicht mehr so funktioniere, wie es die letzten Jahrzehnte der Fall gewesen sei. Vielmehr wechsele die Konstellation der Interessengruppen je nach Politikfeld.

Auf die Frage, ob Mitgliedstaaten Mittel aus dem Strukturfonds gekürzt werden sollten, wenn sie sich in Politikfeldern wie bspw. der Asyl- und Flüchtlingspolitik nicht solidarisch verhalten, hob *Musiał-Karg* den Grundsatz der Solidarität hervor. Im Zuge dessen thematisierte sie auch die Idee der flexiblen Solidarität. *Sylvia-Yvonne Kaufmann* unterstrich nochmals den einschneidenden Charakter des Brexit für die europäische Einigung. Ihrer Meinung nach brauche die EU mehr Europa in allen politischen Bereichen, insbesondere aber in Bezug auf die gemeinsame Solidarität.

Der Kern der deutsch-polnischen Debatte – das Verständnis von Demokratie

Einführend erklärte *Jürgen Neyer* seine Vision der europäischen Integration, die vor allem aus einer politischen Integration besteht. Eine solche könne in bestimmten Politikfeldern aber auch bedeuten, dass sie den Vorstellungen einiger Mitgliedstaaten widerspreche und die Gefahr weiterer Austritte bestehe. Allerdings sah Neyer diese Entwicklung nicht in naher Zukunft. Er wies darauf hin, dass mindestens in Zeiträumen von zehn bis 20 Jahren gedacht werden müsse.

Adam Jaskulski widmete sich der Demokratie in Polen. Seiner Meinung nach befindet sich das Land in einem undemokratischen Abschnitt seiner Geschichte, was einen Rückschritt der Entwicklung seit den 1990er Jahren darstelle. Jedoch schrieb er Fehler nicht nur den aktuellen, sondern auch den vorigen Regierungen zu. Insbesondere hob er die neoliberalen Wirtschaftsreformen hervor, mit denen keine gesamtgesellschaftliche liberale Bildung einhergegangen sei. Im Ergebnis lebe

die durchschnittliche Bevölkerung in einer anderen Realität, Probleme wie Arbeitslosigkeit oder Altersarmut müssten pragmatisch angegangen werden.

In seinem Beitrag über die parlamentarische Demokratie erläuterte *Kai-Olaf Lang* die Herausforderungen des Transformations- und Demokratisierungsprozesses in Mittel- und Osteuropa. Ein Grund für die Rückkehr der „illiberalen Demokratien“ liege in den feinen Nuancen der Rechtsstaatlichkeit. So sei bspw. in Ungarn und Polen in den letzten Jahren eine Modifikation des Demokratieverständnisses zu beobachten. Dabei übernehme die Exekutive die Aufgaben der Judikative und eliminiere unabhängige Institutionen. Lang sah hier die Gefahr, dass diese Praxis auf die europäische Ebene wandern könne. Dem entgegenzuwirken sei schwer, da ein Konflikt zwischen dem Wertartikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) und Art. 4 Abs. 2 EUV (Achtung der nationalen Identität) bestehe.

Abschließend betrachtete *Marta Kozłowska* den Begriff der Solidarität aus sprachwissenschaftlicher Perspektive. Sie verwies auf Ludwig Wittgenstein, laut dem die Grenzen der Sprache die Grenzen der eigenen Welt sind.² Sie folgerte daraus, dass die Definition von Solidarität gleichzeitig immer auch eine Definition von Handlungsspielräumen ist. Sie zeigte dafür auch beispielhaft die Verwendung des Begriffs in der Kommunikation mehrerer deutscher Parteien.

Intergouvernementalismus auf der Überholspur – Supranationalität ernst nehmen!

Einführend ging *Krzysztof Wójtowicz* auf aktuelle Narrative der polnischen Regierung der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) ein, die die Rolle der supranationalen Organe im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren auf europäischer Ebene infrage stellt. Um eine poli-

2 Vgl. Ludwig Wittgenstein: Logisch-philosophische Abhandlung. Tractatus logico-philosophicus, Frankfurt am Main 1998.

tisch motivierte unzureichende Umsetzung oder Nicht-Umsetzung europäischen Rechts zu vermeiden, seien in der polnischen Verfassung mehrere Sicherheitsmechanismen vorgesehen. Ergänzend verwies Wójtowicz auf Art. 4 EUV, der die Mitgliedstaaten verpflichtet, „alle geeigneten Maßnahmen [...] zur Erfüllung der [vertraglichen] Verpflichtungen“ zu ergreifen, und solche zu unterlassen, „die die Verwirklichung der Ziele der Union gefährden könnten“.

Aneta Wiewiórowska-Domagalska hob die Bedeutung einer kohärenten Umsetzung europäischen Rechts auf der nationalen Ebene hervor. Nur so könnten einzelne BürgerInnen rechtlich geschützt werden. In Bezug auf Polen äußerte sie sich kritisch zu der Rechtsprechung des Obersten Gerichts, die besonders für VerbraucherInnen oft nachteilig sei. Abgesehen davon würden sich niedrigere Gerichte allerdings sehr stark an den Urteilen des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) orientieren.

Ida Musiałkowska thematisierte in ihrem Beitrag jene Politikbereiche, in denen sich die Umsetzung europäischen Rechts und somit eine engere Integration schwierig gestaltet. Dabei unterschieden sich die Probleme von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat. In Bezug auf Polen nannte sie die Bereiche Energie und Umweltauflagen sowie Freizügigkeit. Bei der Umsetzung stünden sich das nationale Interesse und der Wert der Solidarität häufig entgegen.

Jan Muszyński erläuterte seine Definition von Werten und das historisch bedingte divergierende Verständnis dieser in den verschiedenen Teilen Europas. In Westeuropa hätten sich durch gerichtliche Auslegung Menschenrechtsstandards durchgesetzt. Aufgrund der sozialistischen Vergangenheit würden diese Standards in den osteuropäischen Mitgliedstaaten allerdings politisch und gesellschaftlich anders interpretiert. Zur Verdeutlichung diene das Beispiel der Überwachung. Laut EuGH, in Übereinstimmung mit den polni-

schen Gerichten, habe jeder Unionsbürger und jede Unionsbürgerin das Recht, zu erfahren, welche Daten der Staat über ihn/sie sammelt. Die derzeitige polnische Regierung tue sich jedoch aus sicherheitspolitischen Gründen schwer, dieses Gesetz umzusetzen. Muszyński verwies auf einen daraus resultierenden Wertekonflikt: Es bleibe unklar, ob die Sicherheit des Staates oder die persönliche Freiheit das höhere Gut ist.

Monika Sus griff einige Beispiele für das gemeinsame Werteverständnis aus der Vergangenheit auf und skizzierte die aktuellen Entwicklungen. Sie verwies auf eine Unterbrechung dieser gemeinsamen Entwicklungen seit der letzten Parlamentswahl in Polen. Die Regierungspartei dränge auf eine Rückkehr zu den Ursprüngen einer rein wirtschaftlichen Integration, wohingegen die deutsche Regierung gemeinsame Lösungen auf Unionsebene suche. Dadurch entstehe eine Diskrepanz, die sich auch während des Gipfels von Bratislava zeigte. Es würden zwar gemeinsame Lösungen gesucht, aber kaum ein Staat wolle nationale Kompetenzen aufgeben.

Balance zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern nach dem Brexit

Magdalena Sapala ging zunächst auf das Konzept ein, Zahlungsbilanzen der Beiträge einzelner Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt zu berechnen, das ihrer Meinung nach veraltet ist und eine gerechtere Verteilung des gesamten EU-Budgets verhindere. Eine besonders große Herausforderung in den Diskussionen über das Budget der Union sei die Konsensfindung unter 28 Mitgliedstaaten und den EU-Organen. Trotzdem forderte Sapala eine stärkere Einbindung der nationalen Parlamente, die zwar zu den Diskussionen geladen seien, aber darüber hinaus keine Mitspracherechte besäßen.

Paweł Tokarskis Beitrag über die europäische Haushaltspolitik und den mehrjährigen Finanzrahmen der EU orientierte sich an der deutschen Perspektive. Primär behandelte er

wichtige Faktoren, die die EU-Finzen beeinflussen, wie z.B. Brexit, Flüchtlinge und die Europäische Nachbarschaftspolitik. Deutschland sei das Land, das am stärksten von der europäischen Integration profitiere, obwohl es den größten Nettozahler für den gemeinsamen Haushalt darstelle. Dementsprechend habe Deutschland ein besonderes Interesse an einer Unterstützung der europäischen Integration und an der Gestaltung des EU-Finanzplans. Aus deutscher Sicht solle das Budget noch flexibler gestaltet werden, was allerdings die aktuellen Probleme nicht zulassen würden. „I want my money back“ würde Deutschland jedoch nicht rufen, schlussfolgerte Tokarski.

Sebastian Plóciennik thematisierte die wirtschaftliche Stabilität, die Polen und Deutschland in den Jahren 2010 bis 2011 in der Finanzkrise zeigten. Bei der vergleichenden Analyse verdeutlichte er, dass sich der Antrieb zu wirtschaftlichem Handeln in Krisenzeiten und die wirtschaftliche Entwicklung stark unterscheiden. In Polen sei es vor allem die Idee gewesen, wirtschaftlich aufzuholen, die zu Stabilität geführt habe, wohingegen es in Deutschland die Erfahrungen aus der Wirtschaftskrise der 1920er Jahre gewesen seien.

Mit Blick auf die Zukunft widmete sich *Maciej Cieślukowski* der fiskalischen Situation in Polen und Deutschland nach dem möglichen Austritt Großbritanniens aus der EU. Eine große Veränderung diagnostizierte Cieślukowski nicht. Der Brexit biete vielmehr eine Chance, nach alternativen Ressourcen zu suchen. In diesem Kontext soll auch die Diskussion über europäische Solidarität in fiskalpolitischen Themen fortgesetzt werden.

Selbst- und Fremdbild Mitteleuropas – Stereotype verfestigen sich

Einem Perspektivwechsel diene der Austausch mit *Oliver Tettenborn*, der sich aus philosophischer Sicht mit Ost-West-Diskursen im Zusammenhang mit deutsch-polnischer Kommunikation auseinandersetze. Aufbau-

end auf dem Konzept der Rhetorik in Verbindung mit sprachwissenschaftlichen Ansätzen von Paul Watzlawick zeichnete er eine mentale Landkarte Europas. Dabei führte er aus, wie sich das Verständnis von Kultur und Zivilisation sowohl zeitlich als auch räumlich zugunsten des Westens verschoben habe. Zur Diskussion stehe, über welches Selbst- und Fremdbild Mitteleuropa in dem Zusammenhang verfügt.

Erik Malchow widmete sich deutsch-polnischen Stereotypen in den sozialen Medien. Dafür analysierte er das Nutzerverhalten und Inhalte auf den Plattformen YouTube, Facebook, Wikipedia und Google. Hier sei zu beachten, dass der Medienkonsum in beiden Ländern durch amerikanische Unternehmen beeinflusst werde. Es zeige sich, dass sowohl positive als auch negative Stereotype in beiden Ländern sehr präsent sind.

Die energetische Bilanz – Sicherheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit in Europa

Andrzej Ancygier machte mit einem Bildvergleich deutlich, wie rasch technischer Fortschritt die Gesellschaft verändern kann. Zwei Fotos der New Yorker 5th Avenue zu Beginn des 20. Jahrhunderts zeigten, wie sich das Verhältnis von Kutschen und Autos innerhalb von 13 Jahren umgekehrt hat. Ancygier sieht den Klimawandel als eine Herausforderung, die noch weitaus mehr Lebensbereiche betrifft. Jedoch lägen Europa insgesamt und Polen insbesondere beim technologischen Fortschritt zurück. Es mangle an politisch richtungweisenden, langfristigen Konzepten.

Laut *Kirsten Westphal* sind für die Energiepolitik drei Aspekte in ein Gleichgewicht zu bringen: Sicherheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. In Deutschland stünde Nachhaltigkeit an erster Stelle und Sicherheit an letzter. Dass dieses Energiedreieck in anderen Mitgliedstaaten anders gezeichnet würde, erkläre die großen Divergenzen, die im Zuge der Russland-Ukraine-Krise hervortraten. Insbesondere im Bereich Energiesicherheit

unterschieden sich Deutschland und Polen in ihrer Haltung gegenüber Russland. Deshalb würde das Projekt „Nord Stream 2“ in Polen kritischer gesehen. Ein weiterer Unterschied betreffe die Auffassung von Wettbewerbsfähigkeit: Während der deutsche Energiemarkt weitgehend liberalisiert sei, strebe Polen neuerdings eine Nationalisierung an.

Auch *Mariusz Ruszel* stellte aufgrund dieser Unterschiede ein mangelndes Vertrauen zwischen Deutschland und Polen im Bereich der Energieimporte fest. Er präferierte jedoch auch aus ökonomischen und technischen Gründen eine norwegisch-baltische „Northern Gate Pipeline“ gegenüber „Nord Stream 2“. Mehr Potenzial sah er bei der Zusammenarbeit in der Entwicklung neuer Technologien. Hier seien insbesondere Elektromobilität, die Nutzung von Methan zur alternativen Energiegewinnung und Schiefergasbohrungen zu nennen.

Für *Krzysztof Ignaciuk* sind die Kontroversen um „Nord Stream 2“ ebenfalls prägend für die deutsch-polnischen Beziehungen. Dies gelte besonders, weil Erdgas auch in Zukunft eine wichtige Energieressource bleibe, zumal bereits knapp 40 Prozent des europäischen Gases als Import aus Russland kommen. Er plädierte für eine Diversifizierung, um Abhängigkeiten zu verringern. Eine weitere Möglichkeit, Engpässe zu vermeiden, seien die Vorschläge der Europäischen Kommission zu regionalen Energieclustern. Im aktuellen Entwurf seien Deutschland und Polen einem Cluster zugeteilt und müssten sich also in Versorgungsnotfällen aushelfen. Unabhängig von der technischen Umsetzung spiele hier auf politischer Ebene die (mangelnde) Bereitschaft zur Solidarität eine Rolle.

Einigkeit herrschte unter den PanelistInnen über fehlende politische Visionen, grenzübergreifenden Problemen wie dem Klimawandel zu begegnen. Dabei bestehe Kooperationspotenzial bei Umweltproblemen, welches auf lokaler Ebene bspw. bei der Luftverschmutzung bereits genutzt würde.

Flucht, Asyl, Migration, Integration – Europas aktuelle Herausforderungen und die Angst vor Gewalt und Überfremdung

Einführend erläuterte *Jessica Bither* die Entscheidungen der deutschen Bundesregierung im Jahre 2015, die Anwendung der Dublin-III-Verordnung teilweise auszusetzen. Anders als viele Berichterstatter behaupten, habe Deutschland seine Türen nicht für die Flüchtlinge in Ungarn geöffnet, vielmehr seien sie nie geschlossen gewesen. Insgesamt werde auch die Rolle der deutschen Geschichte bei moralischen Erwägungen überschätzt. Erst kürzlich gestand Kanzlerin Angela Merkel Fehler bei der deutschen Flüchtlingspolitik ein. Doch was sie ändern wolle, sei nicht ihr Verhalten der vergangenen Monate, sondern Deutschlands frühere Zustimmung zu einer Asylpolitik, die erst zu dieser Lage geführt habe. Abschließend erklärte Bither, dass es von großer Wichtigkeit sei, die Kontrolle über den Diskurs von populistischen Strömungen zurückzugewinnen und effektiv gegen Hassbotschaften vorzugehen.

Für *Justyna Segeš Frelak* gleicht die polnische Debatte über Flüchtlinge und Geflüchtete einer „Geisterdebatte“ – weniger als 1 Prozent der Bevölkerung sind MigrantInnen. Damit liege der Wert sogar unter dem von Tschechien. Außerdem seien diese MigrantInnen häufig qualifizierte und ungelernete Arbeitskräfte, die nur für kurze Zeit blieben. Momentan kämen sie aufgrund der Lage in ihrem Heimatland vorwiegend aus der Ukraine. Sie würden von der gegenwärtigen Regierung als „Flüchtlinge“ bezeichnet und somit für politische Zwecke missbraucht. Polnische Einwanderungspolitik sei schon immer mit Blick auf den Arbeitsmarkt konzipiert worden. Asylleistungen würden keine ausreichende soziale Sicherung bieten, weshalb Flüchtlinge Polen nicht als langfristiges Aufenthaltsland anstreben. Genau dies nutzten Politiker als Argument, die Leistungen nicht aufzustocken – damit komme es zu einem Zirkelschluss.

Anschließend formuliert *Joanna Bronowicka* einige grundsätzliche Fragen, für die auf eu-

ropäischer Ebene eine Antwort gefunden werden müsse. Sie richtete den Blick auf die langfristige Integration von MigrantInnen. Hier seien auch normative Grundlagen gemeinsam zu definieren: Wie unterscheiden sich Integration und Assimilation? Welches dieser Konzepte solle Europa anstreben? Diese Entscheidung bringe verschiedene Implikationen für die aufnehmende Gesellschaft und die Neuankommlinge mit sich. Bronowicka selbst hält staatliches Handeln für notwendig, in dem Debatten um Kultur nicht ausgeklammert werden dürfen. In diesem Zusammenhang führte sie die Assimilationspolitik Frankreichs als gescheitertes Beispiel an. Hier hätten soziale Probleme bestimmter Minderheiten eine radikalisierte Auslegung des Islam begünstigt. Dadurch würde Integrationspolitik eng mit dem Thema Sicherheit verknüpft.

Dem Aspekt der Sicherheit widmete sich im letzten Beitrag *Jacek Raubo* ausführlicher. Er appellierte, die gesellschaftliche Debatte weniger emotional zu führen. Momentan liege der sicherheitspolitische Fokus auf Grenzkontrollen und bei jeglichen Problemen würde reflexartig Frontex beschuldigt. Dabei müssten prekäre Bedingungen für Flüchtlinge auch rational kritisch betrachtet werden – die aussichtslose Situation in vielen Lagern begünstige die Radikalisierung von muslimischen Flüchtlingen. Mit Blick auf Lösungsansätze blieb Raubo jedoch pessimistisch, da effektive Entscheidungen auf Ebene der Vereinten Nationen notwendig seien, deren Willensanstrengungen und vor allem deren zur Verfügung stehende Macht er anzweifelte.

Der europäische Wertetransfer in der Nachbarschaft und im Spiegel der Globalen Strategie der EU

Mit dem abschließenden Panel richtete sich der Blick weiter in Richtung Osten auf Russland und die Länder der Östlichen Partnerschaft. *Grzegorz Gromadzki* verglich einfühlend die grundsätzliche Ausrichtung deutscher und polnischer Nachbarschaftspolitik und die Wahl der außenpolitischen Mittel.

Deutschland lege dort seit jeher den Fokus auf Stabilität, wohingegen Polen diese Stabilität vornehmlich durch Demokratisierung anstrebe. Der größte Unterschied sei auch in diesem Politikfeld die Einstellung gegenüber Russland. Deutschland hätte gehofft, dass eine politische Einbindung Russlands in die internationale und europäische Politik die internen demokratischen Prozesse stärke. Polen sei historisch bedingt dem russischen Demokratisierungswillen gegenüber misstrauischer eingestellt. Dies gehe jedoch nicht mit einer Ablehnung der russischen Zivilgesellschaft einher. Polen konzentriere sich auf seine direkten Nachbarn und kopiere damit Deutschlands frühere Ostpolitik mit Blick auf die östlichen Unionsmitglieder. Umso erstaunlicher sei es, dass auf europäischer Ebene ein Konsens für strikte Sanktionen gegen Russland im Zuge der Russland-Ukraine-Krise erreicht wurde. Die neue polnische Regierung ändere zwar nicht die Haltung zu Russland, es fehle jedoch eine starke Unterstützung für liberale Demokratie in der Östlichen Nachbarschaft. Denn die PiS sei selbst wenig davon überzeugt.

Auch *Bartosz Rydliński* betonte die Unterschiede zwischen der europäischen Politik gegenüber Russland und den Ländern der Östlichen Partnerschaft. Letztere sei insbesondere ein Projekt Polens und Schwedens gewesen. Doch auch innerhalb der Union gäbe es unterschiedliche Bündnisperspektiven. Während die deutsche Regierung das Weimarer Dreieck wiederbeleben möchte, konzentriere sich die polnische Regierung auf eine Zusammenarbeit der Visegrád-Staaten. Auch in der Russland-Ukraine-Krise zeige sich keine klare Vision der europäischen Staaten, wen oder was sie verteidigen möchten. Innerhalb der EU sehe Rydliński gemeinsame Werte, doch bestimmten auch andere Faktoren die Russlandpolitik der Mitgliedstaaten. Schließlich sei nicht zu vergessen, dass Russland als Partner in vielen globalen Fragen benötigt werde.

Maria Davydchik analysierte die Außenpolitik der EU und Russlands in vergleichender

Perspektive. Die Union nutze seit dem Ende des Kalten Krieges eine postmoderne Strategie, in der internationales Recht als Handlungsbasis diene. Entscheidungen sollen nicht mit Gewalt, sondern mit politischen und wirtschaftlichen Sanktionen durchgesetzt werden. Russland benutze vorwiegend eine klassische Strategie und nutze seine Stärke in der Energiewirtschaft. Neuerdings setze das Land aber auch auf Soft Power, wie der Einfluss auf die internationale Berichterstattung zeige. Trotz dieser in Konflikt stehenden Konzepte bestehe eine hohe asymmetrische wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen der EU und Russland. Russland sei in hohem Maße von Energieexporten abhängig, da das eigene Wirtschaftsmodell sehr schwach sei. Die EU müsse in ihrer Haltung diese Aspekte von Sicherheit und Integration im Blick behalten.

Anschließend stellte *Karolina Pomorska* das Thema der Tagung – gemeinsame Werte – in den Kontext der neuen Globalen Strategie der EU. Die EU wolle diese Werte vermitteln, so stehe es auch im Entwurf der Strategie: Interessen und Werte gingen Hand in Hand. Betrachte man nun einzelne Aspekte, sei diese Unterscheidung nicht immer einfach: Ist Sicherheit nun ein Wert oder ein Interesse? Die Globale Strategie sei vor allem ein Projekt der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini. Die Mitgliedstaaten seien nicht in jedem Fall in die Erarbeitung mit einbezogen worden. Dies zeige sich auch in der europäischen Außenpolitik. Auf Krisen und Konflikte in der Östlichen Partnerschaft reagiere die Union nur im Notfall, anstatt selbst proaktiv Politik zu formulieren. Dies liege auch daran, dass einige Mitgliedstaaten, bspw. die Visegrád-Gruppe, ihre innenpolitische Position durch außenpolitische Alleingänge stärken wollen.

Europa im illiberalen Zeitalter – Zivilgesellschaft als Wertevermittler und Identitätsträger

Priesmeyer-Tkocz und *Jaskulski* schlossen die Tagung mit einem kurzen Rückblick. Beginnend mit sehr allgemeinen Begriffsdefinitionen wurden konkrete Problem- und Politikfelder angesprochen. Dabei wurde nicht nur im deutsch-polnischen Kontext diskutiert. Eine besorgniserregende Schwächung der Demokratie, zunehmenden Populismus, Radikalisierung und Verdrossenheit der BürgerInnen, die die europäischen Normen und Werte zum Teil infrage stellten, gebe es in vielen EU-Mitgliedstaaten. Doch insbesondere der aktuellen polnischen Regierung würde in Bezug auf die Einhaltung gemeinsamer Werte wenig Vertrauen entgegengebracht. Andererseits unterstrichen gerade diese sorgenvollen Äußerungen, dass die Meinung der regierenden Partei(-Koalition) nicht von der gesamten Bevölkerung geteilt wird. In der Hoffnung auf Veränderung betonten die TagungsteilnehmerInnen stets die Rolle der Zivilgesellschaft. Fortschritt müsse in den jeweiligen Ländern selbst unterstützt werden, auch wenn diese Prozesse nur langsam voranschreiten. Des Weiteren seien die Divergenzen in speziellen Politikbereichen, wie bspw. bei der Energiesicherheit oder im Umgang mit Flüchtlingen, auf unterschiedliche nationale Interessen und nicht verschiedene Auffassungen von Werten zurückzuführen. Auch wenn dieser intensive Austausch zwar zu einer gemeinsamen Problemdefinition, aber noch nicht zu konkreten Handlungsoptionen führte, ist es wichtig, die Perspektive des Nachbarlandes zu verstehen, um ein grundlegendes Verständnis als Basis für zukünftige Kooperationen aufzubauen. Die sehr angeregten Diskussionen inner- und außerhalb des Konferenzsaals haben gezeigt, dass dieser Austausch sehr ertragreich ist.